

Trumps loyale Truppen

US-Präsident entsendet ICE an Flughäfen, vorgeblich zur Personalunterstützung. Geste wird auch als Drohgebärde vor Midterm-Wahlen gesehen

Von Lars Pieck

Seit Montag dieser Woche werden auf Anordnung von US-Präsident Donald Trump an mehr als einem Dutzend Flughäfen im Land Beamte der Einwanderungsbehörde ICE eingesetzt, um die Kontrollen zu unterstützen. Wegen der Haushaltsstreitigkeiten werden zur Zeit die Angestellten der Transportation Security Administration (TSA), die normalerweise zum Beispiel die Sicherheitskontrollen übernehmen, nicht entlohnt und bleiben vielfach der Arbeit fern; die Folge sind lange Wartezeiten und zahlreiche Verspätungen. Trump erklärte, dass ICE-Beamte zwar Personen wegen Verstößen gegen das Einwanderungsrecht festnehmen könnten, das bei dem eher unüblichen Einsatz jedoch nicht ihr eigentlicher Auftrag sei. Dessenungeachtet gibt es bereits erste Berichte über entsprechende Festnahmen.

Trotz der Personalverschiebung hatte sich Stand Dienstag die Lage an vielen wichtigen US-Flughäfen nicht gebessert. Vielmehr verschärften sich die durch den Shutdown des Ministeriums für innere Sicherheit (DHS), denen die TSA untersteht, verursachten Verkehrsprobleme weiter. Die reguläre Finanzierung der Behörde war am 14. Februar ausgelaufen. Die Demokraten weigern sich, dem Ministerium neue Mittel zu bewilligen, solange Trumps Einwanderungskontrollen und Massenabschiebungen nicht eingeschränkt werden. Bei Einsätzen in Minneapolis hatten Bundesbeamte zwei Menschen erschossen.

Der durch die Finanzierungslücke und das folglich Fernbleiben des Personals verursachte Mangel ist erheblich: Am Montag fehlten fast elf Prozent der eingeplanten TSA-Angestellten, mehr als 3.200 Personen, und mindestens 458 haben seit Beginn des Shutdowns ganz gekündigt. Insgesamt erhalten rund 50.000 Beschäftigte der TSA derzeit kein Gehalt. ICE-Beamte hingegen werden weiterhin bezahlt, obwohl sie aufgrund fehlender Sicherheitsfreigabe nicht effektiv eingesetzt werden können und teils ohne klar definierte Rolle bewaffnet an den Flughäfen präsent sind. Grund dafür ist, dass das ICE-Budget im vergangenen Jahr durch das »Big Beautiful Bill«-Gesetz um 75 Milliarden US-Dollar aufgestockt wurde und somit von der Haushaltssperre unberührt bleibt.

Deals zwischen den Lagern

Umrisse einer möglichen Einigung im Senat über die Finanzierung zeichneten sich ab, nachdem sich eine Gruppe republikanischer Senatoren am späten Montag abend mit Trump im Weißen Haus getroffen hatte. Demnach könnte

der Shutdown des Ministeriums für innere Sicherheit aufgehoben werden, lediglich die Abschiebemaßnahmen der ICE, die den Kern Donald Trumps migrationsfeindlicher Politik darstellen, werden weiter blockiert. Dafür soll Geld für die »Homeland Security Investigations« (in erster Linie Ermittlungen in den Bereichen Menschenhandel und Schmuggel) der ICE sowie die Zoll- und Grenzschutzbehörde (Customs and Border Protection) freigemacht werden.

Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur *AP* unterscheidet sich der Entwurf kaum von einer früheren Einigung, die vor den tödlichen ICE-Einsätzen in Minnesota beschlossen worden war. Vorgaben wie eine Identifikationspflicht für Einwanderungsbeamte oder Verbote von Kontrollen an »sensiblen Orten«, wie beispielsweise Schulen, auf denen die Demokraten bestanden hatten, fehlen weiterhin. Auch ein Vermummungsverbot für die Einsatzkräfte ist offenbar nicht Teil der Vereinbarung.

Die Verhandlungen waren wiederholt kurz vorm Abbruch, da Trump eine Einigung an die Verabschiedung des »SAVE America Acts« knüpfte. Dieser im Senat ins Stocken geratene Gesetzentwurf sieht strengere Anforderungen an den Nachweis der Staatsbürgerschaft sowie an die Wähleridentifikation vor – bekannte Mittel, um bestimmten Bevölkerungsgruppen die Stimmabgabe zu erschweren. Einige republikanische Senatoren schlugen daher vor, das Thema in ein separates Gesetzespaket auszulagern, möglicherweise verbunden mit zusätzlichen Mitteln für die ICE.

Minister ausgetauscht

»Ich glaube, egal welchen Deal sie abschließen, ich werde damit ziemlich unzufrieden sein«, sagte Trump bei einer Veranstaltung im Weißen Haus anlässlich der Vereidigung seines neuen Ministers für innere Sicherheit, Markwayne Mullin. Mullin, republikanischer Senator aus Oklahoma und enger Vertrauter Trumps, wurde am Montag vom Senat bestätigt, nachdem Trump seine Vorgängerin Noem unter wachsendem politischen Druck entlassen hatte. Besonders die Operation »Metro Surge« in Minnesota hatte landesweiten Protest ausgelöst und die Zustimmungswerte zur Immigrationspolitik des Präsidenten fallen lassen.

Bei den Anhörungen vor seiner Vereidigung versuchte Mullin sich als ruhige und pragmatische Führungskraft zu präsentieren. Er erklärte, er wolle das Ministerium aus den Schlagzeilen holen. Dennoch ist der Mann, der den in Minneapolis getöteten Anti-ICE-Demonstranten Alex Pretti als »gestört« bezeichnete, ein überzeugter Anhänger von Trumps Einwanderungspolitik, so dass sich über Oberflächliches hinaus wenig ändern dürfte.

Nach landesweiten Protesten mit Millionen von Teilnehmern formiert sich nun erneut Widerstand gegen Trump. Für diesen Sonnabend ist ein dritter »No-Kings«-Protesttag angekündigt. Mit laut Veranstaltern mehr als 3.000 geplanten Aktionen im ganzen Land könnte er die bisherigen Mobilisierungen noch übertreffen. Im Zentrum stehen neben dem Krieg gegen den Iran erneut die Tötungen von Renee Good und Alex Pretti in Minnesota, wo sich in den »Twin Cities« Minneapolis und Saint Paul der Widerstand gegen ICE-Einsätze bündelt.

Hintergrund: Repression an der Wahlurne

Nachdem Trump mit dem jüngsten Einsatz von ICE an Flughäfen erneut gezeigt hatte, dass er die Behörde auch als politisches Druckmittel einsetzt, stellt sich die Frage, ob ein ähnlicher Einsatz künftig auch in der Nähe von Wahllokalen bevorsteht. Bereits im Februar sagte die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt: »Ich kann nicht garantieren, dass im November kein Beamter der Einwanderungs- und Zollbehörde in der Nähe eines Wahllokals sein wird.« Ausgelöst wurde die Frage durch Äußerungen von Steve Bannon, einem früheren Trump-Berater, der öffentlich erklärte, man werde »ICE die Wahllokale umzingeln lassen«.

Bannon, der auch am Versuch beteiligt war, die Wahlergebnisse von 2020 zu revidieren, bezeichnete den jüngsten Einsatz von ICE an Flughäfen als möglichen »Testlauf« für die Zwischenwahlen 2026. In seinem Podcast »War Room« diskutierte er mit dem Anwalt Mike Davis, ob diese Praxis genutzt werden könne, um die Beteiligung der ICE bei Wahlen zu »optimieren«. Davis befürwortete den Einsatz mit der Begründung, dass illegale Einwanderer nicht wählen dürften, und Bannon stimmte zu: »Sortiert sie ab heute aus den Schlangen aus, vielleicht werden sie dann kürzer.« Zwar könnten ICE-Beamte an Flughäfen keine Röntgengeräte bedienen, doch würden sie Ausweise prüfen, um Abläufe zu beschleunigen. Genau dieses Vorgehen, so Bannon, werde sich 2026 bei den Wahlen wiederholen, angeblich um zu verhindern, dass Wahlen »gestohlen« werden.

Die kategorische Falschbehauptung, es gebe großflächigen Wahlbetrug, wird von Republikanern seit Jahren verbreitet. Trump selber besteht immer noch darauf, die Wahl 2020 eigentlich gewonnen zu haben. Die Behauptungen des Präsidenten bezüglich des Wahlbetrugs und seine Versuche, seine Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2020 anzufechten, führten schließlich zum Angriff auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021. Der scheiterte unter anderem, weil der zusammengerufene Mob für einen wirklichen Umsturz nicht fähig genug war. Gleichzeitig verweigerten in entscheidenden Momenten Leute wie Vizepräsident Mike Pence Donald Trump die Loyalität.

Nun umgeben ihn fast nur loyale Anhänger, so auch Markwayne Mullin, der neue Minister für innere Sicherheit, der in einer Bestätigungsanhörung am 18. März erklärte, er werde im Falle einer möglichen »Bedrohung« Bundesbeamte an Wahllokalen stationieren. Dabei betonte er, dass die Beamten nur bei einer »konkreten Bedrohung« eingesetzt werden sollten, jedoch »nicht zur Einschüchterung«. Welche Gefahren er konkret meinte, ließ er offen. Angesichts dessen dürfte es niemanden überraschen, wenn eine Stimmabgabe unter dem Vorwand eines kurz vor der Wahl ausgerufenen Notstands künftig nur noch unter der Aufsicht eines maskierten Faschisten und seiner Waffe möglich ist. (lp)

<https://www.jungewelt.de/artikel/519941.vereinigte-staaten-trumps-loyale-truppen.html>